



CDU



KOALITIONSVEREINBARUNG

2008 – 2013

zwischen CDU und FDP
für die 16. Wahlperiode
des Niedersächsischen Landtages

Die Christlich Demokratische Union (CDU) und die Freie Demokratische Partei (FDP) und deren Fraktionen im Niedersächsischen Landtag der 16. Wahlperiode bilden für die Dauer der 16. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages eine Koalition. Sie schließen dazu folgende Vereinbarung.

Für die CDU:

Christian Wulff
Parteivorsitzender

David McAllister
Fraktionsvorsitzender

Elisabeth Heister-Neumann

Ulf Thiele

Hartmut Möllring

Bernd Althusmann

Für die FDP:

Dr. Philipp Rösler
Partei- und Fraktionsvorsitzender

Walter Hirche

Ulrike Kuhlo

Dr. Stefan Birkner

Hans-Heinrich Sander

Carl-Ludwig Thiele

Koalitionsvereinbarung zwischen der CDU und der FDP

Präambel	3
1. Kooperation der Partner	4
2. Organisation der Landesregierung	6
3. Finanzen	7
4. Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	9
5. Schule und Bildung	13
6. Wissenschaft und Kultur	16
7. Umwelt, Klimaschutz und Energie	19
8. Innere Sicherheit	22
9. Integration	24
10. Kommunen	26
11. Verwaltungsmodernisierung	27
12. Öffentlicher Dienst	28
13. Sport	28
14. Soziales Niedersachsen	29
15. Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung	33
16. Justiz	36
17. Medien	39
18. Europa und internationale Zusammenarbeit	41

Präambel

Mit Geradlinigkeit, Verlässlichkeit, Gründlichkeit und Sparsamkeit hat die Regierungskoalition aus CDU und FDP Niedersachsen auf Erfolgskurs gebracht. Die Bürgerinnen und Bürger haben diese Regierung am 27. Januar 2008 klar im Amt bestätigt. Wir nehmen diesen Wählerauftrag an und werden auch künftig vertrauensvoll zusammenarbeiten. Wir werden Bewährtes fortsetzen, neue Chancen eröffnen und die Zukunft gestalten.

Niedersachsen soll noch stärker für Innovationen stehen, für mehr und neue Chancen in der Bildung, gerade im Bereich der frühkindlichen Bildung. In unserem Land schreiben wir die Chancengleichheit von Mann und Frau ebenso groß, wie das Miteinander der Generationen – Jung und Alt gehen Hand in Hand in die Zukunft. Niedersachsen ist ein weltoffenes Land, modern und menschlich. Unsere gemeinsame Überzeugung ist es, dass eine solide und erfolgreiche Wirtschaftspolitik die notwendige Grundlage für eine zielgerichtete Sozialpolitik ist, denn Arbeits- und Aufstiegschancen sichern unser soziales Leben in Niedersachsen.

Ziel unserer gemeinsamen Bemühungen wird auch in Zukunft die Haushaltskonsolidierung mit einem Ende der Neuverschuldung sein. Jede Generation muss mit den Mitteln auskommen, die ihr zur Verfügung stehen. So eröffnen wir nachfolgenden Generationen neue Gestaltungsmöglichkeiten und neue Chancen.

Wir stehen gemeinsam für ein optimistisches, zuversichtliches und erfolgreiches Niedersachsen in einem starken Deutschland. Dafür werden wir uns für eine Fortführung grundlegender Reformen auf Bundesebene einsetzen.

Niedersachsen wird weiter mit Ideen, Engagement und Begeisterung regiert. CDU und FDP nehmen diese Aufgabe mit Freude an. Für die Menschen in unserem Land, für ein starkes Niedersachsen!

1. Kooperation der Partner

CDU und FDP tragen für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung.

Landtag

Beide Partner werden bei Abstimmungen im Landtag und in den Gremien ein einheitliches Votum abgeben. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der Koalitionsvereinbarung sind. Über das Verfahren und die Arbeit im Parlament wird Einvernehmen zwischen den Koalitionsfraktionen hergestellt. Anträge, Gesetzesinitiativen und Große Anfragen werden in den Landtag nur im Einvernehmen der Koalitionspartner eingebracht. Bei Unstimmigkeiten wird der Koalitionsausschuss eingeschaltet.

Koalitionsausschuss

Beide Partner bilden für die Klärung der als wesentlich erachteten Angelegenheiten einen paritätisch besetzten Koalitionsausschuss. Dieser besteht aus dem Ministerpräsidenten, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten, den beiden Fraktionsvorsitzenden und bei Bedarf weiteren Personen. Er tritt regelmäßig zu Beginn der Sitzungswochen des Niedersächsischen Landtages zusammen und ansonsten auf Wunsch eines Koalitionspartners. Vorsitzender des Gremiums ist der Ministerpräsident, bei dessen Verhinderung der stellvertretende Ministerpräsident. Entscheidungen werden einstimmig getroffen.

Bundesrat

Die Landesregierung wird sachbezogen und konstruktiv an der Gesetzgebung des Bundes mitwirken und dabei die Interessen Niedersachsens wirksam vertreten. Die Koalitionspartner vereinbaren, bei der Festlegung des Abstimmungsverhaltens im Bundesrat nur übereinstimmende Entscheidungen zu treffen. Kommt eine Einigung über das Abstimmungsverhalten im Bundesrat nicht zustande, wird sich das Land Niedersachsen im Bundesrat der Stimme enthalten.

Mitglieder des Bundesrates:

Mitglieder des Bundesrates sind der Ministerpräsident, der Wirtschaftsminister, der Finanzminister, der Innenminister, der Justizminister, der Landwirtschaftsminister. Die Minister für Soziales, Kultus, Wissenschaft und Kultur sowie Umwelt sind Stellvertreter und werden je nach Sachgebiet die Interessen Niedersachsens vertreten.

Im Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag wird Niedersachsen durch

den Ministerpräsidenten vertreten, Stellvertreter des Ministerpräsidenten im Vermittlungsausschuss ist der stellvertretende Ministerpräsident

Den Bevollmächtigten des Landes Niedersachsen in Berlin bestimmt der Ministerpräsident.

2. Organisation der Landesregierung

Dem Ministerpräsidenten obliegt die Organisationsaufgabe. Sein Stellvertreter ist der Wirtschaftsminister. Das Vorschlagsrecht zur Ernennung der Ministerinnen oder Minister sowie der Staatssekretärinnen oder Staatssekretäre obliegt für folgende Geschäftsbereiche

der CDU:

Staatskanzlei

Finanzministerium

Ministerium für Inneres, Sport und Integration

Justizministerium

Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung

Kultusministerium

der FDP:

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Ministerium für Umwelt und Klimaschutz

3. Finanzen

Gestaltungschancen statt neuer Schulden: Mit ihrem konsequenten Konsolidierungskurs hat die Koalition aus CDU und FDP in den vergangenen fünf Jahren die Basis für die Gesundung der Landesfinanzen gelegt. Die Nettoneuverschuldung wurde von 3 Mrd. € jährlich auf 550 Mio. € im Jahr 2008 reduziert.

Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass dieser Kurs konsequent weiter verfolgt wird. Ab dem Jahr 2010 soll nicht nur die Neuverschuldung beendet, sondern auch mit dem Schuldenabbau begonnen werden. Vor diesem Hintergrund müssen alle Ausgaben auf ihre Finanzierbarkeit überprüft werden.

Darüber hinaus streben CDU und FDP ein in der Verfassung verankertes Neuverschuldungsverbot an. Vorrangig streben wir über die Föderalismuskommission eine bundeseinheitliche Lösung für alle Bundesländer und den Bund an. Anderenfalls werden wir eine eigene Niedersächsische Regelung vorschlagen.

Ein wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung ist die Fortsetzung der Aufgabenkritik in der Landesverwaltung und die Konzentration auf die Kernaufgaben des Landes.

Wir werden erneut eine Haushaltsstrukturkommission einsetzen, die unvoreingenommen Maßnahmen zur strukturellen Haushaltskonsolidierung für sämtliche Ressorts vorschlägt.

Die Einführung der Doppik ist ein wichtiges Steuerungsinstrument. Sie sollte in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht werden.

Die Landesregierung wird weiter eine konsequente Privatisierung öffentlicher Aufgaben durchführen.

CDU und FDP wollen die Landesbeteiligungen weiter zurückführen. Wir sind offen für neue Partner, um den Finanzplatz Hannover und den Wirtschaftsstandort Niedersachsen zu stärken. Ziel ist die Finanzierung von Investitionen in Bildung, Forschung, Innovation und Infrastruktur. Veräußerungserlöse dienen nicht ausschließlich der Haushaltskonsolidierung. Wir stehen zu unseren Landesbeteiligungen bei der Volkswagen AG und der Salzgitter AG.

Als mögliches Finanzierungsinstrument sollen weiterhin ÖPP-Modelle geprüft werden.

Subventionen bedürfen einer ständigen Rechtfertigung und einer regelmäßigen Überprüfung. Sie sollen grundsätzlich nur zeitlich befristet zugelassen werden und nach eindeutig nachvollziehbaren Zielvorgaben vergeben werden.

Die Landesregierung wird einen Pensionsfonds für alle neu eingestellten Beamten einrichten, sobald der Landeshaushalt ohne die Aufnahme neuer Schulden auskommt. Die Unabhängigkeit und Sicherheit des Fonds ist zu gewährleisten.

CDU und FDP halten eine Überprüfung der Umsatzsteuersystematik für zwingend geboten. Dies gilt in Bezug auf einen verminderten Mehrwertsteuersatz insbesondere für Produkte des Kinderbedarfes und, angesichts der Wettbewerbslage in Grenzregionen, im Beherbergungsgewerbe.

4. Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Chancen nutzen, neue Chancen schaffen: Die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer und zukunftssicherer Arbeitsplätze sowie die Stärkung des Wachstums behalten für CDU und FDP höchste Priorität. Dabei ist es unverzichtbar, dass Bildungs-, Technologie- und Forschungspolitik, aber auch Mittelstands- und Infrastrukturpolitik zielgerichtet zusammenwirken, damit Niedersachsen seine Position als Wirtschaftsstandort halten und weiter ausbauen kann.

Die Landesregierung setzt auf die soziale Marktwirtschaft und bekennt sich zu Vertragsfreiheit, Privateigentum, Leistung und Wettbewerb.

Innovationen

Innovationen sind die Voraussetzung für sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze und den Wohlstand von Morgen. Innovationen und fachliche Qualifikation sind notwendig, um die großen Herausforderungen der Globalisierung, der Klimaveränderung und des demografischen Wandels zu meistern.

Um die Attraktivität des Standorts Niedersachsen zu steigern, werden wir die Innovationspolitik verstärken und die Innovationskampagne fortführen. In diesem Zusammenhang setzt sich die Landesregierung für eine Bündelung aller Aktivitäten und Instrumente der Innovationspolitik ein. Eine Verstärkung der Wirtschafts- und Innovationsförderung aus Veräußerungserlösen wird angestrebt.

Die Mittel der Stiftung Zukunfts- und Innovationsfonds Niedersachsen und des Wirtschaftsförderfonds sind in vollem Umfang für innovative Vorhaben einzusetzen. Der Stiftung werden bis 2011 mindestens 100 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Die Landesregierung wird anwendungsorientierte Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen zur Stärkung der niedersächsischen Betriebe optimieren und Initiativen des Landes in besonders erfolgversprechenden Zukunftsfeldern intensivieren.

Durch eine ressortübergreifende Zusammenarbeit insbesondere zwischen dem Wirtschafts- und dem Wissenschaftsministerium wird der Transfer von Wissen in die niedersächsische Wirtschaft noch zielgenauer auf die betrieblichen Bedürfnisse ausgerichtet und durch Förderung von Existenzgründungen aus dem Hochschulbereich weiter ergänzt.

Um den Erfindergeist junger Menschen zu wecken und die Vermittlung von Naturwissenschaften und Technik zu fördern, wird die Ideen-Expo in Hannover zukünftig alle zwei Jahre durchgeführt.

Mittelstand

Der Mittelstand mit seiner Vielfalt und Breite bleibt als Basis für das wirtschaftliche Wohlergehen des Landes im Zentrum der Politik der Koalition. Dies gilt insbesondere für die inhabergeführten Betriebe. Die Landesregierung wird daher ihre Offensive für den Mittelstand fortführen, Finanzierungsinstrumente u. a. für Existenzgründungen und Betriebsübernahmen entwickeln und den Zugang zu Beteiligungskapital erleichtern. Dies gilt auch für Modelle der Mitarbeiterbeteiligung. Den Bürokratieabbau werden CDU und FDP fortsetzen. Schwerpunkte hierbei sind die Reduzierung der Statistik- und Berichtspflichten, eine Verringerung der Pflicht zur Bestellung von Beauftragten sowie die Abschaffung von Doppelprüfungen.

Internationalisierung als Chance

Auch der Mittelstand in Niedersachsen wird internationaler. Er schafft und sichert dadurch Arbeitsplätze im eigenen Land. Zur besseren Vermarktung des Standortes Niedersachsen im In- und Ausland errichten wir im Jahr 2008 die Gesellschaft „Niedersachsen Global“ (NGlobal), in der die bisherige Ansiedlungsgesellschaft „Investment Promotion Agency“ (IPA) aufgeht. Ziel ist eine außenwirtschaftliche Gesamtstrategie, die die Akteure der Außenwirtschaftsförderung zusammenführt und vorhandene Instrumente bündelt. Dazu gehören auch die Stärkung des Messtandortes Hannover sowie die wirtschaftliche und bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Flughafens Hannover-Langenhagen und die Nutzung aller Chancen des Luftfahrtstandortes Niedersachsen in Forschung und Produktion.

Für den Standort Deutschland sind leistungsfähige Häfen in Niedersachsen von erheblicher Bedeutung. Die Landesregierung verfolgt das Ziel, die Küste im Rahmen eines Wirtschaftssystems „Deutsche Bucht“ zu einer leistungsstarken Wirtschaftsachse des Landes auszubauen. Dazu wird die bedarfsgerechte Planung des weiteren Ausbaus des Jade-Weser-Ports sowie der anderen See- und Binnenhäfen und der Ausbau des Hinterlandverbindungsnetzes auf Straßen, Schienen und Kanälen beitragen.

Arbeit und Qualifizierung

Qualifizierte Menschen sind in der globalen Wissensgesellschaft der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit eines Landes. Die Koalition unterstützt eine berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung

als Grundlage für individuelle Chancengerechtigkeit. Mit einem „Pakt für Qualifizierung“ werden wir dem Fachkräftemangel vorbeugen.

Die Koalition setzt sich im Rahmen der Betreuung der Arbeitslosen für eine Verlängerung des Optionsmodells über den 31.12.2010 hinaus ein und prüft die Möglichkeiten, über die bestehenden Optionskommunen in Niedersachsen hinaus weitere einzurichten.

Der Wiedereintritt von Frauen in das Berufsleben soll erleichtert und Potenziale älterer Arbeitnehmer besser genutzt werden. CDU und FDP bekennen sich zum Dualen Ausbildungssystem und zur Weiterentwicklung des Ausbildungspaktes, auch im Hinblick auf die Herausforderungen des „doppelten Abiturjahrgangs“. Außerbetriebliche oder vollschulische Angebote sollen auf Ausnahmefälle beschränkt bleiben. Das Potenzial von Unternehmern mit Migrationshintergrund soll für die Schaffung von Ausbildungsplätzen stärker genutzt werden.

Die Landesregierung wird ihre Anstrengungen zum Kampf gegen Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft verstärken. Die Koalition steht zur Tarifautonomie. CDU und FDP treten entschlossen für eine Flexibilisierung des Arbeits- und Tarifrechts sowie für eine Verringerung der Steuer- und Abgabenlast zur Erhöhung des verfügbaren Einkommens ein. Wir bleiben in diesem Sinne Motor für Veränderungen.

Die Koalitionspartner sprechen sich für eine erleichterte Zuwanderungsregelung für Fachkräfte aus. Dabei soll die Entwicklung eines Punkteverfahrens geprüft werden. Wir wollen die Einkommensgrenze für Zuwanderer absenken.

Tourismus

Im Tourismus hat für uns eine stetige Verbesserung der Qualität Vorrang vor einer rein quantitativen Ausweitung des Angebots. Leuchtturmprojekte insbesondere in den Bereichen Kultur und Gesundheit sollen zur Entwicklung der Branche verstärkt genutzt werden. Das gilt auch für den weiteren gezielten Ausbau der Potenziale des Pferdlandes Niedersachsen sowie für den Rad- und Wassertourismus. Im Interesse einer Qualitätssteigerung soll kleinen und mittleren Beherbergungsbetrieben der Zugang zu Darlehensprogrammen erleichtert werden.

Die Marketingaktivitäten der TourismusMarketing Niedersachsen GmbH (TMN) im In- und Ausland sind gezielt auszubauen. Zur Stärkung des Tourismus setzt sich das Land für eine größtmögliche Entzerrung der Ferienzeiten mit den Nachbarländern ein.

Infrastruktur

Als Logistikstandort von internationaler Bedeutung ist Niedersachsen auf eine leistungsfähige Infrastruktur angewiesen. Diese ist Grundlage für Mobilität, die Entwicklung der Wirtschaft und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Ziele der Verkehrspolitik in Niedersachsen bleiben leistungsfähige Verkehrswege, eine hohe Verkehrssicherheit sowie eine Verringerung der mit dem Verkehr verbundenen Belastungen. Bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes wird sich die Regierungskoalition für einen größeren Anteil Niedersachsens am Investitionsvolumen und die Aufnahme neuer Verkehrsprojekte einsetzen.

Zur Anbindung aller Wirtschaftsräume des Landes und zur Verbesserung der Hafenhinterlandanbindungen zur Stärkung der Niedersächsischen Küsten als Tor zur Welt sind neben anderen folgende Verkehrsprojekte voranzutreiben:

- Ausbau der A1, A7 und der E233, feste Elbquerung im Rahmen der A20, Neubau der A22 und A39, Bau der A26 sowie der Lückenschluss der A33/A1,
- Bau des dritten Gleises Lüneburg-Stelle, Bau des zweiten Gleises ICE-Strecke Braunschweig-Gleidingen, durchgehende Zweigleisigkeit und Elektrifizierung der Strecke Wilhelmshaven – Oldenburg, die Y-Trasse,
- Ausbau privater Angebote beim Schienenverkehr und Ertüchtigung der nichtbundes-eigenen Eisenbahnen
- Erhalt des ÖPNV-Angebots in der Fläche mit Landesunterstützung für die Regiostadtbahn Braunschweig und die Heidebahn sowie die Fortführung des Programms „Niedersachsen ist am Zug“ zur Modernisierung von Bahnhöfen einschließlich barrierefreier Zugänge.

Zur schnelleren Realisierung von Bauvorhaben und zur Aufrechterhaltung der hohen Qualität öffentlicher Dienstleistungen setzen wir uns für eine stärkere Nutzung projektbezogener privater Finanzierungsinstrumente (Öffentlich-Private-Partnerschaft) sowie für die Beschleunigung von Planfeststellungsverfahren ein.

Über die klassische Infrastruktur hinaus ist eine uneingeschränkte und flächendeckende Verfügbarkeit von leistungsstarken Breitband-Internetzugängen ein unverzichtbarer Standortfaktor.

5. Schule und Bildung

Bildungsland Niedersachsen: Bildung ist die Voraussetzung für die aktive Teilhabe an der Gesellschaft. Sie sichert den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zugleich ist sie der entscheidende Faktor für die erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in unserem Land. Die Teilhabe aller an Bildung und Ausbildung ist ein Gebot der Chancengerechtigkeit. Deswegen werden die Koalitionspartner den eingeschlagenen Weg zur Stärkung der Bildungsqualität unter Beachtung des Nachhaltigkeitsprinzips gemeinsam fortsetzen aufgrund sinkender Schülerzahlen frei werdende Lehrerressourcen im Bildungswesen belassen.

Frühkindliche Bildung

Bildung fängt schon in den ersten Jahren an. Hier wird die Basis für alle weiteren Bildungschancen gelegt. Die Beitragsfreiheit für die Kindergärten wird schrittweise auf das zweite und erste Jahr ausgeweitet. Hierbei wollen wir ab 2009 Verfahren der Kinderbetreuungs- und Bildungsgutscheine hinsichtlich der unbürokratischen Mittelverwendung in einem Modellversuch erproben, an dem interessierte Kommunen freiwillig teilnehmen können. Die Sprachförderung an den Kindertagesstätten vor der Einschulung soll weiter ausgebaut werden. Die Qualität der Ausbildung von Erziehungsfachkräften wollen die Koalitionspartner weiter verbessern. Zur Unterstützung sollen über das Niedersächsisches Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung (NIFBE) landesweit wissenschaftliche Netzwerke gebildet werden.

Schule

Die Koalitionspartner streben die weitere Verzahnung der Kindergärten mit den Grundschulen an. Sie wollen das Regeleinschulungsalter schrittweise senken und den Stichtag der Schulpflicht entsprechend vorziehen. Die Bereitschaft weiterer Grundschulen zur Einführung der flexiblen Eingangsstufe wird nachdrücklich unterstützt.

Jedes Kind hat unterschiedliche Interessen, Begabungen und Talente. Die Koalitionspartner bekennen sich daher klar zu dem begabungsgerechten, differenzierten und gegliederten Schulsystem als Regelschulsystem in Niedersachsen, das wohnortnah vorgehalten wird. Deswegen setzen sie die Profilierung der einzelnen Schulformen fort. Als Ergänzung kann die Gründung von Gesamtschulen auf Antrag der Schulträger ermöglicht werden, sofern das Regelschulsystem dauerhaft nicht gefährdet wird und der nachhaltige Elternwille und Bedarf besteht.

Schulen in freier Trägerschaft sind ein wichtiger Bestandteil unserer vielfältigen Schullandschaft. Die Koalitionspartner sichern ihnen auch zukünftig eine angemessene Finanzierung zu.

Die langfristige Sicherung der Unterrichtsversorgung bleibt vorrangiges Ziel. Neben der Bereitstellung ausreichender Ressourcen werden alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um Lehrkräfte insbesondere in den Mangelfächern zu gewinnen. Dabei stimmen die Koalitionspartner überein, die Einstellungsmöglichkeiten für Seiteneinsteiger zu erweitern. Die Einstellungsmodalitäten für Vertretungslehrkräfte werden so gestaltet, dass Unterrichtsausfälle noch kurzfristiger und flexibler aufgefangen werden können.

Die Qualitätsschule in Niedersachsen wird weiter entwickelt. Die Klassengrößen werden überprüft und schrittweise im Rahmen der Finanzierbarkeit verkleinert. Außerdem werden wir die Umsetzung der Lehrpläne im Hinblick auf die Belastung der Schülerinnen und Schüler überprüfen und uns für eine angemessene Absenkung der Gesamtpflichtstundenzahl bis zum Abitur einsetzen. Der Ausbau von Ganztagsangeboten an allen Schulformen soll fortgesetzt werden.

Wesentliches Element der Qualitätsentwicklung der Schulen ist die Eigenverantwortlichkeit. Die Schulen erhalten dabei die erforderliche Beratung und Unterstützung und ein dauerhaftes Budget in angemessener Höhe. Nach Einführung der Eigenverantwortlichen Schulen geht es nun darum, den Schulen Ruhe und Kontinuität zu geben. Mit ihrer Einführung wächst auch die Verantwortung der Schulleitung. Deshalb wird eine Schulleitungsakademie gegründet, an der die Führungskräfte dem geänderten Berufsbild entsprechend aus- und fortgebildet werden. Mit einer eigenen Arbeitszeitverordnung werden die Koalitionspartner das Berufsbild Schulleitung klar definieren und dadurch die Schulleiterinnen und Schulleiter stärken.

Die Koalitionspartner werden die Alltagskompetenz der Schülerinnen und Schüler durch geeignete Angebote stärken. Dazu zählen insbesondere Medienkompetenz und die Fähigkeit zu einer gesunden Lebensführung. Die Koalitionspartner stimmen darin überein, dass die Schule der richtige Ort für Gewaltprävention ist. Sie werden daher die Streit- und Konfliktlösungsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern sowie von Lehrerinnen und Lehrern nachhaltig stärken und die Suchtprävention ausbauen.

Die Koalitionspartner werden die Berufsorientierung in allen Schulformen insbesondere in Kooperationen mit außerschulischen Partnern fördern. Ziel bleibt die weitere Erhöhung der Abschlussquote und die Steigerung der Berufsfähigkeit.

Basis der beruflichen Bildung ist das bewährte duale Ausbildungssystem. Vor diesem Hintergrund werden die Koalitionspartner in enger Abstimmung mit den Betroffenen eine Nachfolgeregelung für das 2009 auslaufende Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) gestalten, die flexibel genug ist, um regional unterschiedliche Bedürfnisse berücksichtigen zu können. Der Modellversuch Berufseinstiegsklasse (BEK) wird fortgeführt. Die Koalitionspartner stimmen darin überein, die Berufsfelder mit Blick auf eine Reduzierung der Berufsschultage zu überprüfen.

Land und Wirtschaft sind wegen des „doppelten Abiturjahrgangs“ in besonderer Weise gefordert, wesentlich mehr Ausbildungskapazitäten zu schaffen, um die sich daraus ergebenden Chancen zu nutzen und die Herausforderungen zu bewältigen.

Lehramtsausbildung

Voraussetzung für die Qualität und Leistungsfähigkeit unserer Schulen sind hochqualifizierte, engagierte und überzeugte Pädagoginnen und Pädagogen. Deswegen werden die Koalitionspartner insbesondere in der Ausbildung großen Wert auf soziale und pädagogische Kompetenz legen. Sie werden die Lehrerausbildung an den Hochschulen entsprechend ausrichten und eine qualifizierte Lehrerfortbildung gewährleisten.

Die Koalitionspartner werden ausreichende Stellen für Referendare bereithalten, so dass Wartezeiten möglichst vermieden werden. Sie passen die Kapazität der Studienseminare entsprechend an.

6. Wissenschaft und Kultur

Fortschritt durch Vielfalt: Durch die Stärkung von Wissenschaft, Forschung, Bildung und Kultur gehört Niedersachsen heute zu den Ländern, die für Innovation und Fortschritt stehen. Diesen Weg werden wir weiter fortsetzen. So sichern wir unseren Wohlstand und die Zukunftschancen der jungen und aller nachfolgenden Generationen. Stärkere Eigenverantwortung, Qualität, Leistung, Wettbewerb und Internationalität bleiben Leitziele unserer Wissenschafts- und Kulturpolitik.

Hochschulen, Forschung und Innovation

Die niedersächsischen Hochschulen sind leistungsfähig und modern. Eindrucksvolle Beispiele für unsere Erfolge sind das gute Abschneiden bei der Exzellenzinitiative sowie der hohe Drittmittelanteil unserer Hochschulen. Wir setzen uns für die Fortsetzung der Exzellenzinitiative ein, die zukünftig auch einen Schwerpunkt in der verbesserten Lehre beinhalten sollte.

Das im Niedersächsischen Hochschulgesetz geregelte Drittmittelrecht soll sinnvoll weiterentwickelt werden.

Unsere Hochschulen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Den Zukunftsvertrag des Landes, der den Hochschulen Planungssicherheit gibt, werden wir über das Jahr 2010 hinaus verlängern. Gleiche Sicherheit werden wir auch unseren Studentenwerken bieten. Außerdem prüfen wir eine Stärkung der Hochschulen bei der Durchführung von Baumaßnahmen.

Wir erhöhen die Zahl der hoch qualifizierten Nachwuchskräfte, indem wir bis 2010 wie vereinbart 11.200 neue Studienanfängerplätze schaffen. Wir werden auch damit die Zukunftschancen der jungen Generation im Zusammenhang mit dem "doppelten Abiturjahrgang" sichern.

Talentierte und motivierte junge Menschen wollen wir frühzeitig fördern und deren Bildungschancen erhöhen. Deshalb werden wir neben den sozialverträglich ausgestalteten Studienbeiträgen ein erweitertes Stipendien- und Förderangebot aufbauen: Wir wollen das Stipendienangebot für besonders Begabte stärken, aber auch die finanzielle Situation kinderreicher Familien, Familien mit besonderen Problemlagen verbessern sowie herausragendes ehrenamtliches Engagement von Studierenden berücksichtigen. Wir werden die Wirkung der Studienbeiträge evaluieren. Bei der Bewertung der Ergebnisse werden wir insbesondere gemeinsam mit den Hochschulen prüfen, ob die Übertragung der Kompetenz für eine eigene Gestaltung der Studienbeiträge im Rahmen der Landesvorgaben mit einem Höchstbetrag von 500 € pro Semester an die Hochschulen sinnvoll ist.

Wir wollen die Lehramtsausbildung reformieren mit dem Ziel, das Gewicht der pädagogisch-didaktischen Anteile zu verstärken.

Zur Verbesserung der strategischen Ausrichtung und Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der technisch orientierten Universitäten Niedersachsens gründen wir die Niedersächsische Technische Hochschule (NTH).

Die Zusammenarbeit von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft und die weitere Stärkung des Technologietransfers, insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen, ist wesentliche Voraussetzung, um die Leistungs- und Innovationsfähigkeit Niedersachsens zu steigern.

Die international führenden innovativen Bereiche der niedersächsischen Universitätsmedizin werden wir weiterhin stärken und ihre Verknüpfung mit der außeruniversitären Krankenversorgung verbessern.

Die Innovationsförderung werden wir ressortübergreifend zur Stärkung der Innovationsinfrastruktur und Förderung von regionalen Clustern nutzen. Die Gründung und der Betrieb privater Hochschulen sollen, beispielsweise hinsichtlich der Akkreditierungsmaßnahmen, erleichtert werden.

Lebenslanges Lernen

Lebenslanges Lernen und vor allem berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung sind unabwendbar bei ständig wachsendem Qualifizierungsbedarf. Hier wachsen unseren Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung neue Aufgaben zu. Nach dem Prinzip der „Offenen Hochschule“ Niedersachsen werden wir deshalb die Kooperationen zwischen Erwachsenenbildung und Hochschulen weiter fördern.

Kultur

Weltoffenheit, Heimatverbundenheit und Vielfalt zeichnen die kulturelle Landschaft Niedersachsens aus. Die Identifikation mit der Heimatregion wird in starkem Maße durch die Geschichte und das kulturelle Leben vor Ort geprägt. Dieses Bewusstsein, im Kontext überregionaler und internationaler Entwicklungen, gilt es weiterzuentwickeln und zu stärken.

Unsere Theater, Orchester, Museen, Kunstvereine, soziokulturellen Einrichtungen, Festivals, Bibliotheken, Literaturbüros und das überragende bürgerschaftliche Engagement gestalten eine reiche Kulturlandschaft. Diese kulturelle Vielfalt im Flächenland Niedersachsen wollen wir erhal-

ten und verlässlich weiter fördern. Die Landschaftsverbände haben hierbei eine tragende Funktion. Nach der erfolgreichen Einführung des Qualitätssiegels für Museen werden wir ein neues Qualitätssiegel für öffentliche Bibliotheken schaffen.

Mit dem „Musikland Niedersachsen“ stärken wir Ansehen und Wettbewerbsfähigkeit Niedersachsens. Wir haben den Bau der Landesmusikakademie in Wolfenbüttel als Ort der Begegnung, Fort- und Weiterbildung für Musikschafter auf den Weg gebracht. Schwerpunkt unserer Arbeit bleibt weiter, jedem Kind den Zugang zur musikalischen Bildung und frühpädagogischen Musikerziehung zu eröffnen.

Die Lese- und Literaturförderung werden wir insbesondere im Rahmen der kulturellen Kinder- und Jugendbildung weiter entwickeln. Damit unterstreichen wir die führende Rolle, die unser Land in den vergangenen fünf Jahren eingenommen hat.

Die Rahmenbedingungen zur Pflege und Erhaltung wichtiger Kulturgüter und Denkmäler werden wir an die Herausforderungen der Zukunft anpassen. Nachhaltigkeit und Bürgernähe stehen dabei für uns im Vordergrund.

Die Landesregierung wird die Selbständigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie die Freiheit, ihrem Verkündigungsauftrag in der Gesellschaft nachzukommen, bewahren. Die Koalitionspartner unterstützen nachdrücklich den Beitrag der Kirchen in unserer Gesellschaft.

7. Umwelt, Klimaschutz und Energie

Schützen und bewahren: Das Nachhaltigkeitsprinzip steht bei CDU und FDP im Mittelpunkt der niedersächsischen Umweltpolitik. Ökologische, ökonomische und soziale Belange werden gleichermaßen berücksichtigt. Es gilt, die natürlichen Lebensgrundlagen im Interesse der heutigen wie auch der zukünftigen Generationen dauerhaft zu schützen. Um dies zu erreichen setzt die Koalition neben hoheitlichem Handeln vor allem auf die Eigenverantwortung der Menschen. Die Vorgabe der Rahmenbedingungen des hoheitlichen Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen ist Aufgabe des Staates. Die Umsetzung soll bürgernah vor Ort mit geringer Kostenbelastung und wenig Bürokratie erfolgen. Bundes- und Europarecht wird weiterhin 1:1 umgesetzt. Die Landesregierung wird ihren Kurs der umfassenden Beteiligung von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern im Sinne einer „Umweltpolitik mit den Menschen“ fortsetzen.

Naturschutz

Die Koalitionspartner treten für eine Novellierung des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes unter Verwendung landesspezifischer Regelungsmöglichkeiten ein. Ziel ist in erster Linie die Stärkung des pragmatischen Instrumentes der Ersatzgeldzahlungen als Ausgleich für Eingriffsfolgen in den Naturschutzvorschriften.

Die biologische Vielfalt in Niedersachsen ist zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die Landesregierung setzt vor allem auf die freiwillige und ehrenamtliche Teilnahme am Arten- und Naturschutz. CDU und FDP werden insbesondere den Vertragsnaturschutz stärken und den aktuellen Entwicklungen anpassen.

Nur wer die Natur kennt, ist auch bereit, diese zu schützen. Daher werden wir die schulische und außerschulische Umweltbildung in dieser Legislaturperiode stärken. Das Niedersächsische Programm „Natur Erleben“ wird als Dachmarke für den Natur- und Umweltschutz weiter entwickelt. Die in Niedersachsen anerkannten Naturschutzverbände sind von großer Bedeutung. Deshalb werden wir Naturschutzeinrichtungen und -projekte stärker fördern.

Wasser- und Abfallwirtschaft

Die Landesregierung tritt für Kooperationsmodelle mit der Landwirtschaft zur Verbesserung der Gewässer- und Trinkwasserqualität ein. Gleiches gilt für die Wasserrahmenrichtlinie, die wir 1:1 umsetzen werden.

Bei der Aufgabenerbringung im Bereich Abfall und Abwasser setzt die Landesregierung auf mehr Wettbewerb und strebt eine faire Behandlung privater Anbieter an.

Energie, Klimaschutz und Klimafolgenbewältigung

Die Niedersächsische Landesregierung steht für einen technologieoffenen Energiemix aus erneuerbaren Energien, fossilen Energieträgern wie Kohle und Gas sowie der Kernenergie. Die niedersächsische Energiepolitik orientiert sich auch im Interesse des Klimaschutzes an den drei Aspekten Umweltverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit. Die Windenergie, vor allem Repowering und Offshore, und die naturverträgliche Nutzung von Biomasse sowie die Neuansiedlung von hoch effizienten Kraftwerken haben für die Landesregierung einen hohen Stellenwert.

Im Interesse der Verbraucher muss der Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt gestärkt werden.

Die Niedersächsische Landesregierung bekennt sich zur Verantwortung für eine sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle. Sie setzt sich daher für die Aufhebung des Moratoriums des Salzstocks in Gorleben und eine ergebnisoffene Erkundung ein. Bei der Schließung von Asse II hat für uns die höchstmögliche Sicherheit der Bevölkerung absoluten Vorrang.

Mit Blick auf Niedersachsen als Endlagerstandort werden wir uns auf Bundesebene weiter für einen gerechten Ausgleich für die betroffenen Regionen einsetzen, die eine im nationalen Interesse bedeutsame Entsorgungseinrichtung übernehmen.

Klimaschutz und Ressourcenschonung sind vor dem Hintergrund des Klimawandels zentrale Aufgaben einer generationengerechten Umweltpolitik. Dabei kommt der Energieforschung eine besondere Bedeutung zu. Insbesondere erneuerbare Energien sollen durch eine gezielte Forschungs- und Innovationsförderung weiter gestärkt werden. In diesem Zusammenhang legen wir einen Schwerpunkt auf die Energiespeicherung.

Der Ausbau erneuerbarer Energien soll stärker unter marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erfolgen. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass marktwirtschaftliche Instrumente wie der Emissionshandel gestärkt werden. Die Leitlinie ist, dort CO₂ einzusparen, wo es am günstigsten ist. Die Koalitionspartner streben in diesem Zusammenhang an, den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch in Niedersachsen bis zum Jahr 2020 auf 25 Prozent zu erhöhen.

Die Entwicklung von Maßnahmen für den Klimaschutz und Klimafolgen erachten wir als einen fortlaufenden Prozess. Im Rahmen ihrer Nachhaltigkeitsstrategie setzt die Landesregierung eine Regierungskommission „Klimaschutz“ ein. Ziel ist es, praxisnahe und effiziente Handlungsstrategien zur Reduzierung von Treibhausgasen zu entwickeln. Das Land nimmt seine Vorbildfunktion bei der Energieeinsparung mit Schwerpunkt auf den Landesliegenschaften wahr.

Neben dem Klimaschutz misst die Landesregierung der Klimafolgenbewältigung eine besondere Bedeutung bei. Mit dem Forschungsverbund „Klimafolgen – Szenarien für Klimaanpassung (KLIFF)“ sollen regionale Auswirkungen untersucht sowie Anpassungen an die Klimaveränderungen für Niedersachsen entwickelt werden.

Küsten- und Hochwasserschutz

Der prognostizierte Meeresspiegelanstieg stellt neue Anforderungen an den Küstenschutz. „Well nich will dieken, de mutt wicken!“ Dieser Grundsatz gilt für die Küstenbewohner seit Jahrhunderten. Für CDU und FDP ist der Küsten- und Hochwasserschutz eine gesamtstaatliche Aufgabe. Aus diesem Grund werden wir uns dafür einsetzen, dass der Bund für den Küsten- und Hochwasserschutz wieder mehr Mittel zur Verfügung stellt. Den Generalplan Küstenschutz werden wir laufend fortschreiben. Darüber hinaus werden wir den Generalplan Inselschutz auflegen.

Beim Hochwasserschutz wird die Landesregierung weiterhin die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten und die Wiederherstellung von Retentionsflächen voranbringen und die Kommunen fachlich begleiten.

Unser Anliegen ist es, die Meeressicherheit und damit den Havarieschutz weiter zu verbessern.

8. Innere Sicherheit

Keine Freiheit ohne Sicherheit: Die Gewährleistung der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger ist eine Kernaufgabe des Staates. Niedersachsen will sich dauerhaft in der Spitzengruppe der sichersten Bundesländer behaupten. Dabei müssen die Sicherheitsbehörden in personeller, technischer und rechtlicher Hinsicht in der Lage bleiben, den vielfältigen und sich dynamisch entwickelnden Erscheinungsformen von Kriminalität erfolgreich begegnen zu können. Innere Sicherheit hat darüber hinaus eine gesamtgesellschaftliche Dimension. Daher nehmen präventive Handlungsstrategien unter Einbeziehung der kommunalen Präventionsräte und Sicherheitspartnerschaften einen hohen Stellenwert ein. Nur im erfolgreichen Zusammenspiel von Prävention und Repression kann Innere Sicherheit gewährleistet werden.

Offensive für die Polizei

Entscheidende Säule für unsere Sicherheit ist eine attraktive, modern ausgerüstete und bürger-nahe Polizei. Die Koalitionspartner werden die Polizei als professionellen Dienstleister konsequent stärken und die Sicherheit unserer Bürger erhöhen.

Der Polizeidienst muss zukunftsfähig ausgerichtet werden, um qualifizierten und motivierten Nachwuchs zu gewinnen. Deswegen starten wir eine Offensive für eine moderne Ausstattung, Ausrüstung sowie Einsatz- und Kriminaltechnik. Um die Eigenverantwortung der Polizeibehörden zu stärken, werden die Sach- und Personalausgaben budgetiert und vollständig übertragen.

Die Polizei soll von vollzugsfremden Aufgaben und solchen Tätigkeiten entlastet werden, die keine hohe Sicherheitsrelevanz haben. Wir werden die Polizeireform im Hinblick auf ihre Umsetzung evaluieren.

Zukunftsorientierte Kriminalitätsbekämpfung

Vorbeugen, Hinsehen, Eingreifen – an diesem Leitprinzip muss sich eine zukunftsorientierte Kriminalitätsbekämpfung konsequent ausrichten. Wir wollen der Entstehung von Kriminalität bereits durch präventive Handlungsstrategien gezielt entgegen wirken. Wer aber kriminell wird, dem muss der Staat von Anfang an klare Grenzen setzen.

Intensivtäter werden verstärkt durch Gefährderansprachen und zielorientierte Konferenzen betreut.

Der Kampf gegen Rechts- und Linksextremismus ist zentraler Bestandteil niedersächsischer Präventionspolitik. Durch verbesserte Jugendarbeit in Jugendzentren, durch mehr Sportangebote für Jugendliche auf dem Land und durch gezieltes Werben von Jugendlichen durch bestehende Vereine, muss Jugendlichen aus der rechts- bzw. linksextremen Szene eine Perspektive geboten werden.

Terrorismusbekämpfung

Mit Blick auf die massive Bedrohung durch den internationalen Terrorismus ist die Handlungsfähigkeit der Sicherheitsbehörden durch eine angemessene personelle und materielle Ausstattung sicherzustellen. In rechtlicher Hinsicht müssen wir das Aufklärungs- und Fahndungsinstrumentarium sinnvoll erweitern.

Vernetzte Sicherheit

Ein enges Zusammenwirken zwischen den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben ist im Zeichen veränderter Bedrohungen unabdingbar. Unter Beachtung des Trennungsgesetzes fördern die Koalitionspartner auf diesen Gebieten eine stärkere Vernetzung mit dem Ziel, den Informationsaustausch zu optimieren und Sicherheitsstrukturen effizient auszurichten.

Wir werden den Verfassungsschutz als Frühwarnsystem unserer wehrhaften Demokratie und in seiner Präventionsarbeit gegen Verfassungsfeinde stärken.

Die Koalitionsparteien streben im Katastrophenschutz ein landesweites Informationssystem an, um das Risiko- und Vorsorgemanagement zu optimieren. Zudem sind klare Zuständigkeiten und eine enge Sicherheitspartnerschaft zwischen Bund, Ländern, Kommunen und zivilen Hilfsorganisationen unabdingbar. Das Engagement der ehrenamtlich Aktiven in Feuerwehr und Hilfsorganisationen im Zivil- und Katastrophenschutz wollen wir aktiv fördern.

Die zwei Landesfeuerwehrschulen sollen beibehalten und die freiwilligen Feuerwehren bedarfsgerecht gefördert werden.

Die Koalitionspartner treten nachhaltig für leistungsfähige Strukturen in der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) ein.

9. Integration

Wertebewusst und weltoffen: Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist für den gesellschaftlichen Frieden unverzichtbar. Alle Integrationsmaßnahmen haben sich am Prinzip „fördern und fordern“ konsequent auszurichten. In den nächsten fünf Jahren werden die Koalitionspartner durch eine Integrationsoffensive unter Federführung des Innenministeriums eine nachhaltig und langfristig angelegte Integrationspolitik untermauern.

Integration koordinieren und steuern

Integration ist eine Querschnittsaufgabe, von der alle Ressorts im unterschiedlichen Maß betroffen sind. Zur Stärkung des integrationspolitischen Profils ist es notwendig, die über verschiedene Ressorts verteilten Kompetenzen zu bündeln. Unbeschadet der jeweiligen Ressortzuständigkeit erfolgt die Koordinierung und Steuerung aller integrationspolitischen Maßnahmen künftig durch das Innenministerium. Es ist Integrationsministerium und damit Ansprechpartner für alle Fragen der Integration.

Integration kann nur dort gelingen, wo sie auf kommunaler Ebene mit Nachdruck betrieben wird.

Integrationspolitische Schwerpunkte

Grundvoraussetzung für die Integration ist das Beherrschen der deutschen Sprache. Auch sind Bildung und Arbeit entscheidende Eckpfeiler erfolgreicher Integrationsarbeit. Wir müssen darauf hinwirken, dass mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund gute Bildungsabschlüsse schaffen und ihnen der Übergang Schule-Beruf besser gelingt. Schwerpunkte in den nächsten fünf Jahren sind daher die Erweiterung der Angebote im Bildungssektor, die Arbeitsmarktintegration und der Bereich Integration und Sport. Wir stärken außerdem den Dialog zwischen den Kulturen und Religionen. Dabei ist klar: Wer dauerhaft in unserem Land leben will, muss sich eindeutig zu den Grundwerten unserer Verfassung bekennen.

Integrationswillige Zuwanderer fördern wir. Auch die einheimische Bevölkerung ist gefordert, sich zu öffnen und Vorurteilen entgegenzuwirken. Integrationsfeindlichen Tendenzen, fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen in unserer Gesellschaft werden wir entschlossen bekämpfen. Wer sich aber der Integration in unsere Gesellschaft bewusst verweigert oder integrationsschädigend wirkt, muss mit Sanktionen rechnen. Ausländer, die ihren Aufenthalt zur Begehung von schweren Straftaten missbrauchen oder in Beziehung zu Extremismus und Terrorismus stehen, gefährden den sozialen Frieden. Wir setzen uns konsequent dafür ein, die Möglichkeiten zur Ausweisung und Abschiebung solcher Personen zu erleichtern.

Die Annahme einer Eingabe durch die Härtfallkommission des Niedersächsischen Innenministeriums, die sich auch auf Familienangehörige einer von der Härtfallregelung ausgeschlossenen Person bezieht, soll erleichtert werden. Das Quorum für die Annahme eines Härtefallersuchens soll geändert werden. Die derzeitige Ausländerkommission wird durch eine neue Integrationskommission ersetzt.

Mehr qualifizierte Zuwanderer

Die Koalitionspartner werden sich für eine arbeitsmarktorientierte, erleichterte Zuwanderung Qualifizierter einsetzen. Einer unerwünschten Zuwanderung, die unsere Sozialsysteme belastet, ist entgegenzuwirken. Gleichzeitig besteht Handlungsbedarf für die bei uns lebenden qualifizierten Migranten, deren im Ausland erworbene akademische Abschlüsse häufig nicht anerkannt werden können. Das Land wird sich dafür einsetzen, diesen Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt gemäß ihren Qualifikationen zu ermöglichen.

Gesamtkonzept Friedland

Das Land setzt sich nachhaltig für die aktive Integration von Spätaussiedlern ein. Das Grenzdurchgangslager Friedland entwickeln wir zu einem modernen „Gesamtkonzept Friedland“ fort, das historische Erinnerung mit aktuellen integrationspolitischen Bedürfnissen verknüpft.

10. Kommunen

Bürgernah und leistungsstark: Wir richten die Kommunalen Strukturen zukunftsfähig aus. Die Koalitionspartner lehnen eine von oben diktierte Gebietsreform strikt ab. Wir fördern verstärkt die interkommunale Zusammenarbeit.

Wenn sich Kommunen freiwillig zu neuen Körperschaften zusammenschließen, werden wir uns am Ausgleich entstehender Härten beteiligen. Dies kann auch in Form von Beiträgen zu einer Entschuldung geschehen. Wir werden den Kommunen entsprechende, auf die Jahre 2008 bis 2011 befristete Angebote machen.

Durch eine Zusammenfassung und Modernisierung der Niedersächsischen Gemeindeordnung, der Niedersächsischen Landkreisordnung, des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit und weiterer damit zusammenhängender Gesetze zu einem einheitlichen Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz wollen wir Vorschriften reduzieren, Doppelungen vermeiden und die ehrenamtlichen Wirkungsmöglichkeiten verbessern.

11. Verwaltungsmodernisierung

Schlank und effizient. Die Koalitionsparteien sind sich einig, den erfolgreichen Weg der Modernisierung der Landes- und Kommunalverwaltung weiterzuführen. Unser Ziel ist eine zügige, wirtschaftliche und ortsnahe Erledigung der Landes- und Kommunalverwaltungsaufgaben. Wir werden die Landesverwaltung und die Ministerialverwaltung weiter verschlanken und dabei verstärkt moderne Steuerungsmodelle einsetzen. Wir werden den eingeleiteten Prozess der Deregulierung und des Bürokratieabbaus fortsetzen.

Ortsnahe Verwaltung stärken

Das Ziel der Zweistufigkeit der Landesverwaltung werden wir weiter verfolgen. Wir werden vom Land noch selbst wahrgenommene Verwaltungsaufgaben kritisch prüfen. Unser Ziel ist weiterhin, möglichst viele dieser Aufgaben, wenn sie nicht komplett entfallen können, auf die Kommunen oder private Anbieter zu übertragen. Die Übertragung neuer Aufgaben wird sich im Rahmen des Konnexitätsprinzips vollziehen.

Alle Möglichkeiten zur weiteren Beschleunigung von Verfahrensabläufen werden wir nutzen. Dazu zählt auch die zügige Überführung der Regelungen des Modellkommunen-Gesetzes auf alle Städte, Gemeinden und Landkreise.

Die Regierungsvertretungen werden in ihren Kernkompetenzen, der Unterstützung der regionalen Entwicklung und Zusammenarbeit, gestärkt. Wir werden sie vorrangig im Rahmen der regionalen Ressortkoordinierung sowie für Verfahrensbegleitung und Projektmanagement bei besonders bedeutsamen Projekten einsetzen. Hierzu verleiht ihnen im Einzelfall das Projekt leitende Ressort die entsprechende Koordinierungs- und Steuerungsfunktion.

E-Government

Wir werden durch einen optimalen Einsatz von Informations- und Kommunikationstechniken die Attraktivität des Standortes Niedersachsen stärken und den Landeshaushalt entlasten. Das in der letzten Legislaturperiode beschlossene Programm zur Schaffung einer leistungsfähigen und zentralisierten IT Infrastruktur wird zügig fortgesetzt und auf die gesamte Landesverwaltung ausgedehnt. Wir wollen darüber hinaus durch konsequente Umsetzung von E-Government Projekten eine noch stärker an Wirtschaftlichkeit und Service orientierte Verwaltung schaffen.

Hierfür wird der IT-Bevollmächtigte mit einer möglichst weitreichenden zentralen Koordinierungs- und Steuerungsfunktion ausgestattet und der Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie optimiert. Bei der EDV-Beschaffung der Landesbehörden werden wir den Wettbewerb ermöglichen.

12. Öffentlicher Dienst

Verlässlich und motiviert. Der demografische Wandel und die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit mit der privaten Wirtschaft stellen den öffentlichen Dienst vor neue Herausforderungen. Unser Laufbahnrecht ist zu starr und überreglementiert. Ziel der Landesregierung ist ein flexibleres Laufbahnrecht, das eine ständige Qualifizierung sicherstellt, die Mobilität und Leistung fördert und den öffentlichen Dienst auch in Zukunft attraktiv macht. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir durch flexible Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten in der Landesverwaltung fördern. Eine zukunftsfähige Verwaltung ist immer stärker auf interkulturelle Kompetenz angewiesen. Deswegen setzen wir uns konsequent für mehr Beschäftigte mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst ein.

13. Sport

Aktives und vitales Niedersachsen. Das Land wird zusammen mit den Kommunen, Vereinen und Verbänden die Sportinfrastruktur modernisieren, damit der Breiten- wie Spitzensport in Niedersachsen weiterhin unter attraktiven Rahmenbedingungen stattfindet. Die Sanierung der Sportstätten bleibt uns ein wichtiges gemeinsames Anliegen.

Wir fördern das freiwillige ehrenamtliche Engagement im Sportwesen und treten für eine Vertiefung der Zusammenarbeit von Sportvereinen und Schulen ein. Schulsport wird als elementarer Teil der Persönlichkeitsentwicklung des heranwachsenden jungen Menschen anerkannt. Wir setzen uns mit den Sportvereinen für ein gemeinsames Vorgehen gegen Doping und Gewalt ein.

Die Landesregierung würde eine Bewerbung der Freien und Hansestadt Hamburg als Austragungsort der Olympischen Sommerspiele 2016 unterstützen. Das Land Niedersachsen bietet z.B. mit Luhmühlen und Cuxhaven zwei interessante Orte an, an denen Wettkämpfe ausgerichtet werden könnten.

14. Soziales Niedersachsen

Politik für alle Generationen: Freiheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität sind für uns zentrale Werte und Prinzipien unserer gesellschaftlichen Ordnung. Im Miteinander sowie in der Gleichberechtigung der Geschlechter und Generationen sehen wir eine Stärke und Chance unseres Landes. Der Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen ist für uns wichtig.

Frauen, Familie, Kinder und Jugend

Menschlich und sozial gestalten wir die Zukunftschancen für alle Generationen. Müttern und Vätern wollen wir echte Wahlfreiheit ermöglichen, ob sie die Kinder zu Hause erziehen oder eine qualifizierte Betreuung nutzen, um Familie und Beruf miteinander verbinden zu können. Wir schaffen gemeinsam mit Bund und Kommunen die Voraussetzungen für den bedarfsgerechten Ausbau der Krippen- und Tagespflegeplätze. Wir wollen bis 2013 den Versorgungsgrad auf bis zu 35 % der unter Dreijährigen steigern. Über die Auswirkungen eines Rechtsanspruches auf einen Krippen- und Tagespflegeplatz werden wir mit den Kommunen Gespräche aufnehmen. Wir werden die in der Tagespflege Beschäftigten verstärkt qualifizieren und die Betreuungsangebote besser vernetzen.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Kinder gut aufgehoben sind. Daher werden wir zum Kinderschutz das Familienhebammen-Programm weiter unterstützen, die Erziehungskompetenz der Eltern auch durch „Erziehungslotsen“ stärken. Wir wollen die Vorsorgeuntersuchungen besser gestalten und deshalb eine höhere Verbindlichkeit der Untersuchungen herstellen. Zur Bekämpfung von Verwahrlosung und Kindesmissbrauch werden wir an mehreren Standorten Modellprojekte anstoßen. Wir werden Kinderrechte in der Niedersächsischen Verfassung verankern.

Lebens-, Bildungs- und Verwirklichungschancen von Kindern sichern die Zukunft unseres Landes. Gemeinsam mit dem Bund und den anderen Bundesländern werden wir sozialer Benachteiligung von Kindern entgegentreten. Die Förderung der Kindergesundheit, z.B. die Bekämpfung von Fehlernährung, werden wir stärken.

Die Gleichstellung von Mann und Frau in allen Lebensbereichen bleibt für uns ein zentrales Thema. Die Koalition wird den Entwurf eines „Gesetzes zur Anpassung des Niedersächsischen Landesrechts an das Lebenspartnerschaftsgesetz des Bundes“ vorlegen.

Zum Schutz vor häuslicher Gewalt werden wir Beratungskräfte in Gewaltberatungsstellen und Frauenhäusern für die Beratung von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund unterstützen.

Die Jugendarbeit und ehrenamtliches Engagement junger Menschen sind uns ein besonderes Anliegen. Dem wollen wir auch durch eine vereinfachte Förderpraxis im Bereich der Jugendarbeit entsprechen. Die Ehrenamtskarte und die Jugendleitercard (JULEICA) werden wir aufeinander abstimmen.

Gesundheitsland Niedersachsen

Gesundheitspolitik ist für uns Prävention sowie Sicherung des medizinischen Standards in der ambulanten und stationären Versorgung, gerade im Flächenland Niedersachsen.

Hierzu werden wir den Gesundheits- und Infektionsschutz beim Landesgesundheitsamt weiter ausbauen und präventive Maßnahmen, etwa im Bereich psychischer Erkrankungen, fördern. CDU und FDP wollen die Potenziale des Gesundheitslandes Niedersachsen stärker entwickeln, u.a. um ein Life-Science-Cluster aufzubauen. Dazu wollen wir ressortübergreifend unter Nutzung des Innovationszentrums Niedersachsen die Kooperation zwischen Unternehmen, Forschungseinrichtungen und sonstigen Akteuren in den Bereichen Biotechnologie, Medizintechnik und Gesundheitspflege vorantreiben.

Wir brauchen eine qualitativ hochwertige, wirtschaftliche und möglichst wohnortnahe medizinische Versorgung in allen Bereichen. Auch künftig werden wir in die Zukunft unserer Krankenhäuser investieren. Bei der Krankenhausplanung durch das Land setzen wir weiterhin Investitionsfördermittel gezielt für Strukturverbesserungen und Strukturveränderungen sowie für den Ausbau von Kooperationen zwischen Krankenhäusern ein.

Vor einer Aufnahme spezialisierter ambulanter Leistungen in den Krankenhausplan des Landes soll eine Anhörung mit den Kassenärztlichen Vereinigungen erfolgen.

Das Niedersächsische Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke soll insbesondere mit dem Ziel überarbeitet werden, Prävention und Früherkennung zu fördern und die Möglichkeiten der Selbsthilfe stärker zu berücksichtigen.

Für die psychiatrische und psychosomatische Krankenhausversorgung werden wir ein Psychiatriekonzept entwickeln.

Die Versorgung schwerstkranker Menschen in Niedersachsen ist bereits auf einem hohen Niveau. Die bestehenden Strukturen mit den Palliativ- und Hospizstützpunkten werden wir weiter stärken. Eine aktive Sterbehilfe lehnen wir ab. Die Landesregierung wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, mehr Rechtssicherheit bei Patientenverfügungen zu erreichen.

Wir werden die AIDS-, Drogen- und Suchtberatung weiter stärken. Die Präventionsarbeit gegen Alkoholmissbrauch von Kindern und Jugendlichen werden wir ausbauen. Wir wirken auf die Anpassung bundesgesetzlicher Vorgaben zur Vergabe von Diamorphin an Schwerstopiatabhängige im Sinne der von Niedersachsen unterstützten Bundesratsinitiative für die Modellversuche hin.

Pflege

Wir stehen für eine transparente und unbürokratische Pflege, die menschliche Zuwendung in den Mittelpunkt stellt. Damit auch künftig engagierte Pflegekräfte ihren Weg in den Pflegeberuf finden, werden wir dessen Attraktivität weiter steigern. Die Kurzzeitpflege werden wir stärken, um sie vermehrt als Überleitungspflege und zur Entlastung von Angehörigen zu nutzen. Wir werden die Rahmenbedingungen der Kurzzeitpflege flexibler ausgestalten. Durch ein Landesheimgesetz wollen wir bürokratische Belastungen vermeiden, Anzeigepflichten abbauen, die Entwicklung neuer Wohnformen erleichtern und Doppelzuständigkeiten abschaffen.

Politik für Menschen mit Behinderung

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben muss für Menschen mit Behinderungen eine Selbstverständlichkeit sein. Wir wollen ihnen Selbstbestimmung und Eigenständigkeit ermöglichen. Die Angebote der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen – insbesondere im Hinblick auf deren Selbstbestimmungsrecht – werden wir weiter differenzieren. Dazu gehört der weitere Ausbau des eigenständigen Wohnens, des Budgets für Arbeit und des persönlichen Budgets. Wir werden die Beratung für die Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets intensivieren. Wir werden auf Grund der positiven Erfahrungen durch eine entsprechende Beratung darauf hinwirken, dass das Persönliche Budget von vielen Menschen mit Behinderungen in Anspruch genommen wird.

Politik für ältere Menschen – Alter als Chance

Wir stehen für ein positives Bild vom Alter, in dem die Vielfalt und die Potentiale der älteren Generation als Bereicherung verstanden werden, denn die ältere Generation ist ein grundlegender Pfeiler unserer Gesellschaft. Mit Seniorenservicebüros als zentrales Angebot wollen wir den Bedürfnissen älterer Menschen gerecht werden. Dabei setzen wir auf eine Anknüpfung an vor-

handene Strukturen. Wir wollen bestehende Projekte zum Austausch der Generationen vernetzen.

Bürgerschaftliches Engagement

Niedersachsen gehört zur Spitzengruppe der Bundesländer beim bürgerschaftlichen Engagement. Wir setzen auf eine enge Zusammenarbeit mit Trägerorganisationen, wie Vereinen, Verbänden, Initiativen und Selbsthilfegruppen, um noch mehr Niedersachsen für ein freiwilliges Engagement zu gewinnen. Die Freiwilligenagenturen werden wir weiter ausbauen. Für ehrenamtlich Tätige werden wir das Projekt „Ehrenamtskarte“ weiter voranbringen und auch die Wirtschaft für die Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit gewinnen.

Bauen und Wohnen

Den veränderten Herausforderungen durch den demografischen Wandel stellen wir uns insbesondere im Wohnungs- und Städtebau. Ab 2009 werden wir die neue Modellkomponente „Städtebaulicher Denkmalschutz in den alten Bundesländern“ in Anspruch nehmen und für Programmkomponenten eine Gegenfinanzierung des Landes sicherstellen. Das Modellprojekt „Quartiersinitiative Niedersachsen“ zur Belebung der Innenstädte werden wir fortführen.

In der Wohnraumförderung werden wir neue Formen des Wohnens im Alter und des generationenübergreifenden Wohnens in die Förderung einbeziehen.

Die Koalitionspartner vereinbaren eine Deregulierung der Niedersächsische Bauordnung (NBauO).

15. Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung

Wettbewerbsfähig und leistungsstark: Für Niedersachsen als Agrarland Nr. 1 in Deutschland sind der ländliche Raum, die Land- und Ernährungswirtschaft und der Verbraucherschutz von zentraler Bedeutung. Die Koalitionspartner werden insbesondere die Land- und Ernährungswirtschaft als bedeutende Wirtschaftsfaktoren Niedersachsens und Schlüsselbranchen für die Herausforderungen der Zukunft unterstützen. Dabei geht es u.a. um die Erschließung neuer internationaler Märkte und um die Entwicklung neuer Produkte, die den jeweiligen Ansprüchen Rechnung tragen. Zudem bekennen wir uns zur unternehmerischen bäuerlichen Landwirtschaft und werden die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe stärken.

Die niedersächsische Landwirtschaft kann mit nachwachsenden Rohstoffen einen Beitrag zum Schutz unseres Klimas und zur Gestaltung einer nachhaltigen Energieversorgung leisten. Für uns hat die Nahrungsmittelproduktion Vorrang vor der Energieproduktion. Dabei stehen wir für ein gleichberechtigtes Nebeneinander unterschiedlicher Wirtschaftsmethoden von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft. Wir sichern die Wettbewerbsfähigkeit unserer Agrar- und Ernährungswirtschaft durch innovative Forschung und Ausbildung.

Raumordnung und Landesentwicklung

Niedersachsens Regionen sollen durch eine integrierte Regionalentwicklung gestärkt werden. Bei Entscheidungen ist der demographische Wandel einzubeziehen. Wir wollen eine flächendeckende und bedarfsgerechte Grundversorgung im ländlichen Raum. Insbesondere setzen wir uns für eine flächendeckende Breitbandversorgung ein.

CDU und FDP werden partnerschaftlich mit den Kommunen neben der Entwicklung des ländlichen Raumes auch die Entwicklung der städtischen Regionen Niedersachsens begleiten und fortentwickeln.

Ein wichtiges Ziel für CDU und FDP ist eine Reduzierung des Nutzflächenverbrauches.

Verlässliche Agrarpolitik als Grundlage für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft

CDU und FDP setzen sich sowohl auf Bundes- als auch EU-Ebene für die Interessen der niedersächsischen Landwirtschaft ein. Die niedersächsischen Landwirte brauchen Verlässlichkeit

und Planungssicherheit. Deshalb treten wir für eine unveränderte Beibehaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU bis 2013 ein.

Die Landwirtschaft erfüllt wichtige gesellschaftliche Aufgaben. Neben der Produktion von Nahrungsmitteln und Rohstoffen reicht das Spektrum von der Entwicklung und Pflege der Kulturlandschaft, über die Förderung der biologischen Vielfalt bis hin zur Bereitstellung von neuen landwirtschaftsnahen Arbeitsplätzen. Hinzu kommen vielfältige Leistungen und anerkannt hohe Standards im Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz. Niedersachsen wird sich daher für eine angemessene Finanzausstattung der GAP und für den Erhalt der Direktzahlungen über 2013 hinaus einsetzen. Die Koalition besteht auf eine 1:1-Umsetzung von EU-Vorgaben. Wir sprechen uns für eine EU-weite Harmonisierung der geltenden Produktions- und Verarbeitungsstandards sowie für eine Gleichbehandlung bei der Agrardieselbesteuerung aus. CDU und FDP werden die Agrarpolitik in Berlin und Brüssel im Sinne Niedersachsens noch stärker gestalten.

Die verantwortbaren Potenziale der grünen Gentechnik sollen im Interesse der Landwirte und der Verbraucher weiterentwickelt und für die Nutzung zugelassen werden, wobei die Wahlfreiheit der Verbraucher durch Kennzeichnung der Lebensmittel zu gewährleisten ist.

Wir werden das Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen weiter unterstützen und die bewährten Förder-, Versuchs- und Vermarktungsaktivitäten beibehalten. Zudem werden wir die Anerkennung der Umstellung auf ökologischen Landbau als Naturschutzkompensationsmaßnahme prüfen.

CDU und FDP setzen sich für bessere Rahmenbedingungen auch für die Zuckerwirtschaft, die Milch produzierenden Betriebe, die Küsten- und Binnenfischerei, die Forstwirtschaft und den Obst- und Gartenbau ein.

Wir wollen die Direkteinspeisung von Biogas ins Erdgasnetz ermöglichen.

Hochwertige Nahrungsmittel und Verbraucherschutz

Hohe Qualitätsstandards gewährleisten in Niedersachsen hochwertige Nahrungsmittel und garantieren sicheren Verbraucherschutz. Gleichzeitig verfügen wir in Niedersachsen über eine moderne und effektive Lebensmittelkontrolle. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass das Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES) weiter modernisiert wird. Den Aktionsplan „Sichere Lebensmittel aus Niedersachsen“ werden wir weiter optimieren.

Wir wollen das Gemeinsame Verbraucherschutzinformationssystem Niedersachsen (GeViN) bundesweit als Frühwarnsystem etablieren. CDU und FDP wollen sicherstellen, dass bei den durch die Landkreise vorzunehmenden Lebensmittelkontrollen ein einheitliches Qualitätsmanagement gewährleistet ist.

Wir wollen eine aufklärende Verbraucherberatung durch die Einrichtung eines „Ernährungsportals Niedersachsen“. Ferner wird sich Niedersachsen an der Plattform „Ernährung und Bewegung“ beteiligen.

16. Justiz

Gleiches Recht für Alle. Die niedersächsische Justiz ist Garant für zügig wirksamen Rechtsschutz in qualitativ hochwertiger Weise. Die Koalitionspartner wollen diese Leistungsfähigkeit des Justizwesens in Niedersachsen erhalten bzw. steigern. Dazu gehören eine am Bedarf orientierte Personalpolitik und gute und moderne Arbeitsbedingungen für effiziente und schlanke Verfahren. Die Koalitionsparteien halten eine Konzentration der Justiz auf ihre Kernaufgaben Streitentscheidung, Strafverfolgung und Strafvollzug für zwingend erforderlich. Die Landesregierung wird daher im Bundesrat darauf hinwirken, dass es zu einer Aufgabenübertragung im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit, beispielsweise auf Notare, kommt. Die Koalitionspartner treten für die Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens ein und bekunden, auch künftig die Justiz einer umfangreichen Aufgabenkritik unterziehen zu wollen.

Die Koalitionsparteien wollen die R-Besoldung für Richter und Staatsanwälte erhalten, die Möglichkeiten für gezielte Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen weiter stärken und die Beteiligung der Richter verbessern.

Nach Auffassung der Koalitionspartner sollte die Verbesserung der Sicherheit an den Gerichten und Staatsanwaltschaften fortgesetzt und an möglichst vielen Dienststellen der barrierefreie Zugang sichergestellt werden.

Die Koalitionsparteien sprechen sich für eine leistungsfähige, bürgernahe Justiz in der Fläche aus. In geeigneten Fällen sollen die an einem Ort befindlichen Gerichte zu Justizzentren zusammengelegt werden.

Die Koalitionspartner setzen sich für eine Stärkung der Opferrechte und des Opferschutzes ein. Sie werden eine umfassende Opferschutzkonzeption vorlegen.

Bei der Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität plädieren die Koalitionsparteien für ein abgestimmtes Vorgehen gemäß dem Dreiklang Prävention, Integration und Repression. Die Landesregierung wird sich auch auf Bundesebene für sinnvolle Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität einsetzen, wie beispielsweise die Einführung eines Warnarrests und eines Fahrverbots. Ziel ist es, den Zeitraum zwischen Tat und Sanktion kurz zu halten.

Für hochgradig gefährdete und kriminelle Kinder und Jugendliche werden wir die geschlossene Heimunterbringung mit erzieherischen und therapeutischen Konzepten auch in Niedersachsen ermöglichen.

Die Koalitionäre wollen insbesondere den Kampf gegen Korruption und Wirtschaftskriminalität weiter intensivieren, auch durch Stärkung entsprechender Fachkompetenzen.

Über den Bundesrat wird die Landesregierung darauf hinwirken, dass Gesetzeslücken bei der Sicherungsverwahrung geschlossen und die Kronzeugenregelung gesetzlich neu gefasst werden. Die Koalitionspartner wollen die Einführung eines Wahlrechtsmittels auch im Erwachsenenstrafrecht prüfen und erörtern, in welcher Weise das Thema „Gesamtstrafenbildung“ auf Bundesebene transportiert werden kann.

Die Koalitionspartner sprechen sich für eine Stärkung der außergerichtlichen Streitbeilegung, insbesondere der anwaltlichen Mediation und der Streitschlichtung durch Schiedsleute, aus.

Die Landesregierung sieht es als notwendig an, das Betreuungsrecht zu überprüfen und zu reformieren. Sie wird auf Bundesebene einen entsprechenden Diskussions- und Handlungsprozess anstoßen.

Die Koalitionsparteien setzen sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung der anerkannt hohen Qualität des niedersächsischen Justizvollzugs ein. Sie sprechen sich für mehr Beförderungsmöglichkeiten im mittleren allgemeinen Vollzugsdienst, den Ausbau der Sozialtherapie und der durchgehenden Betreuung sowie die Einheitlichkeit der sozialen Dienste aus.

Die Landesregierung wird die Pläne zum Bau und Betrieb einer Justizvollzugsanstalt in Bremerförde als ÖPP-Projekt weiter verfolgen und mit den notwendigen finanziellen Mitteln unterlegen.

Die Zuständigkeit im Rahmen der Untersuchungshaft wird im Justizvollzugsgesetz überprüft und gegebenenfalls geändert.

Auf Bundesebene wird sich die Landesregierung weiterhin für eine Zusammenlegung der Gerichtsbarkeiten, insbesondere die Eingliederung der Arbeitsgerichtsbarkeit in die ordentliche Gerichtsbarkeit und die Zusammenlegung von Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit, sowie die vorherige Anpassung der Prozessordnungen einsetzen.

Die Landesregierung wird über den Bundesrat darauf hinwirken, dass die Opfer menschenrechtswidriger Verfolgung und Enteignung im Zuge der sog. Bodenreform einen gerechten Ausgleich erfahren.

17. Medien

Medienstandort Niedersachsen: Die Medien sind unverzichtbarer Bestandteil der modernen Informationsgesellschaft. Sie wirken identitätsstiftend, garantieren den offenen Austausch innerhalb des demokratischen Gemeinwesens und tragen damit wesentlich zur Meinungsbildung bei. Deshalb bekennt sich die Landesregierung ausdrücklich zur Freiheit der Presse und zur dualen Rundfunkordnung.

Der Funktionsauftrag für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist zu konkretisieren. Die Finanzierung ist so zu gestalten, dass sie in der Bevölkerung auf größtmögliche Akzeptanz stößt. Die Stärkung der Gremien soll zu einer wirksameren internen Kontrolle der Sender beitragen.

Die Landesregierung ist entschlossen, die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die niedersächsischen Medienunternehmen weiter zu verbessern. Private und öffentlich-rechtliche Programmveranstalter sollen mit der Digitalisierung neue Impulse und Entwicklungschancen erhalten und bevorzugt nutzen können. Die Koalitionspartner wollen prüfen, ob lokaler kommerzieller Rundfunk die einheimische Medienlandschaft zusätzlich beleben könnte. Es ist zu prüfen, ob Struktur und Aufgabenkatalog der Landesmedienanstalt den sich ständig verändernden Anforderungen angepasst werden müssen.

Mit wachsendem Medienangebot und –konsum bekommt die Vermittlung von Medienkompetenz eine immer größere Bedeutung. Deshalb setzt sich die Landesregierung dafür ein, vor allem Kinder, Jugendliche, Eltern und Lehrer durch entsprechende Angebote für eine verantwortungsvolle Mediennutzung zu qualifizieren.

Wir stehen zur Aufgabe des Landes Niedersachsen als größtem Träger des NDR.

Niedersachsen wird sich in der Rundfunkkommission der Länder aktiv an der auch von der EU geforderten Präzisierung des Grundversorgungsauftrags beteiligen. Dabei werden wir darauf achten, dass sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk vorrangig an der Qualität statt an der Quote orientiert. Die Regionalberichterstattung im NDR-Fernsehen soll weiter intensiviert werden.

Es soll ein zeitgemäßes und gerechtes Gebührenmodell entwickelt werden.

Die Landesregierung setzt sich weiterhin für eine Medienlandschaft ein, die den privaten Medienunternehmen exzellente Entwicklungsmöglichkeiten und Wettbewerbschancen eröffnet.

Auch der private Rundfunk hat eine gesellschaftliche Verantwortung und darf auf Qualität im Programm nicht verzichten.

Die Landesregierung wird sich beim NDR dafür einsetzen, dass die Rechte der Produzenten an ihren Produktionen gestärkt wird.

Niedersachsen soll sich verstärkt für die Entwicklung neuer, innovativer Fernsehformate und Produktionen am Standort einsetzen.

Wir bekennen uns zur großen Vielfalt in der Zeitungslandschaft in Niedersachsen. Den Zeitungsverlagen kommt im digitalen Zeitalter eine wichtige Orientierungsfunktion zu.

Die Verlagshäuser sollen sich zu modernen Medienunternehmen weiterentwickeln können.

18. Europa und internationale Zusammenarbeit

Heimat in Europa: Niedersachsen ist eine starke Region in einem Europa der Regionen. Die Verantwortung und die Gestaltungsmöglichkeiten der Bundesländer müssen in der Europäischen Union gestärkt werden. Darum setzt sich die Landesregierung für substantielle eigene Handlungs- und Entscheidungsspielräume der Länder, Regionen und Kommunen in Europa ein.

Die Landesregierung begrüßt das im Vertrag von Lissabon verankerte Subsidiaritätsprinzip und die dafür vorgesehenen Kontrollmechanismen durch die nationalen Parlamente. Das Frühwarnsystem zur Subsidiaritätskontrolle soll jedoch einfacher und praxisnäher gestaltet werden und auf die Interessen des Landes konzentriert werden.

Die Landesregierung wird die Chancen der europäischen Integration aufgreifen, sich für niedersächsische Interessen insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt, Verkehr, Wissenschaft und Kultur einsetzen sowie den Standort Niedersachsen in der Mitte Europas stärken.

Die Landesregierung wird die maritime Wirtschaft, die Seehäfen und ihre Hinterlandanbindung sowie den Küstenschutz als niedersächsische Schwerpunkte einer integrierten EU-Meerespolitik einbringen. Die Möglichkeiten der EU-Strukturförderung in der Förderperiode bis 2013 wird die Landesregierung nachhaltig sowie vorrangig für innovative Projekte zur Modernisierung des Landes nutzen. Die Regierungskoalition wird bei den Verhandlungen zur folgenden Förderperiode und zur finanziellen Vorausschau 2014 – 2020 darauf dringen, dass auch nach 2013 EU-Mittel nach Niedersachsen fließen.

Darüber hinaus werden Koordination und Informationsaustausch bei der Arbeit der Landesvertretung in Brüssel sowie die Europaqualifikation der Landesbediensteten weiter optimiert.

Europa muss die Menschen in Niedersachsen besser erreichen. Die Landesregierung wird daher die erfolgreiche Arbeit des Europäischen Informationszentrums Niedersachsen (EIZ) fortsetzen und die Informationsarbeit über Europa weiter verbessern. Im Hinblick auf die Europawahl 2009 und die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon halten die Koalitionspartner an der angemessenen Mittelausstattung des EIZ fest.

Niedersachsen wird europäische Kooperationen von Schulen und Hochschulen sowie im Bereich der beruflichen Bildung ausbauen. Die Landesregierung wird die Teilnahme an Austauschprogrammen vereinfachen und dafür entsprechend werben.

Niedersachsen unterstützt die Initiativen der EU zur besseren Rechtssetzung und zur Messung von Bürokratiekosten. Die Landesregierung wird europäische Regelungen grundsätzlich nur 1:1 in Landesrecht umsetzen und keine darüber hinaus gehenden Normensetzungen vornehmen.

Niedersachsen wird auch zukünftig seiner internationalen Verantwortung gerecht und die Zusammenarbeit mit Partnerregionen des Landes innerhalb und außerhalb Europas weiter fortsetzen. Das Land wird damit auch weiterhin Beiträge zur Entwicklungszusammenarbeit leisten. Die Landesregierung wird niedersächsischen Unternehmen in aufstrebenden Staaten wie Indien, China oder Russland sowie im Nahen Osten, in Afrika oder in Lateinamerika zur Seite stehen. Wir nutzen unsere internationalen Kontakte und unsere Repräsentanzen im Ausland, um für den weltweiten Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Niedersachsen zu werben.